



Informationen aus dem Gemeinderat Sitzung vom Mittwoch, 01. November 2017

Liebe Genossinnen und Genossen

In der Folge erhaltet ihr eine kurze Zusammenfassung über die wichtigsten Punkte der Gemeinderatssitzung vom Mittwoch, 06. Juli 2016.

Traktanden der Sitzung

1. Mitteilungen

Keine Mitteilungen aus dem Stadtrat.

Wolfgang Liedtke hielt für die Fraktion der SP Adliswil die nachfolgende Fraktionserklärung:

In der letzten Sitzung des Grossen Gemeinderates hat Keith Wyss eine Persönliche Erklärung abgegeben. Darin hat er sich auf einen Bericht von TeleZüri über eine Vergewaltigung bezogen, welche von einem abgewiesenen Asylbewerber am 16. August 2017 in einer Eisenbahnunterführung in Langnau verübt wurde. Ich stimme mit Keith Wyss darin überein, dass eine Vergewaltigung ein verabscheuenswürdiges Verbrechen ist, egal von wem und an wen es verübt wird.

Der Redebeitrag von Keith Wyss machte allerdings deutlich, dass es ihm weniger um die Verurteilung des Verbrechens, sondern vielmehr um eine generelle Verurteilung von Asylbewerbern geht. Darüberhinaus rief er dazu auf, unsere eigene Rechtsprechung, unsere Verfassung sowie die internationale Rechtsprechung den Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes zu missachten. Stil und Inhalt seiner Äusserungen haben Grenzen überschritten, und zwar in einer Weise, wie es im Adliswiler Grossen Gemeinderat nicht üblich ist. Die sozialdemokratische Fraktion verurteilt die Erklärung von Keith Wyss ganz entschieden. So etwas geht überhaupt nicht und so etwas darf sich nicht wiederholen.

2. Fragestunde

Es wurden keine relevanten Fragen gestellt.

3. Einbürgerungen

Insgesamt wurden 13 Einbürgerungsgesuche gut geheissen. Ein Gesuch wurde vom gesamten Grossen Gemeinderat abgelehnt.

4. Ersatzwahl eines Mitgliedes in die Baukommission für den Rest der Amtsdauer 2014 - 2018

Gewählt wurde Manfred Spörri von den Grünen.

5. Stabilisierung des Finanzhaushaltes der Stadt Adliswil

Dieses Postulat wurde abgeschrieben. Die ausführliche Antwort des Stadtrates findet sich hier: <http://www.adliswil.ch/dl.php/de/5952305a205d0/2017-160->

SRB Postulat ex. Motion betr. Stabilisierung des Finanzhaushaltes der Stadt Adliswil von Daniela Morf Markus Burgi und Daniel Frei.pdf

6. Stadteigene Bauland-Parzellen B2 und C im Dietlimoos

Diese Motion von Marianne Oswald, Daniel Schneider und Daniel Jud wurde abgelehnt. Wolfgang Liedtke hielt im Namen der SP Adliswil das nachfolgende Votum:

Auf die Argumente meines Vor-Vorredners will ich nicht eingehen, weil die mir grösstenteils viel zu polemsich sind. In der letzten Gemeinderatssitzung mussten wir uns anhören, dass Grundstücke als Assets zu betrachten seien, welche die Stadt bei tiefen Preisen kauft und bei hohen Landpreisen wieder abstösst. Ist das wirklich so? Ist es die Aufgabe einer Gemeinde, auf dem Immobilienmarkt zu spekulieren mit dem Ziel, möglichst viel Gewinn oder besser gesagt möglichst niedrige Steuersätze zu erreichen? Soll eine Gemeinde in Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Immobilienhändlern treten? Wohl kaum! Ziel einer Gemeinde ist es, Gestaltungsspielräume zu erhalten. In Bezug auf die Stadtentwicklung und auf die Entwicklung des Wohnungsmarktes schafft sie sich diesen Spielraum mit der Verfügbarkeit von Bauland oder Liegenschaften. Davon abgesehen ist ein Baurechtsvertrag eine nachhaltigere Finanzquelle als der Erlös aus einem Grundstücksverkauf. Mint nachhaltig meine ich nicht die absolute Höhe des Erlöses, sondern den kontinuierlichen Geldfluss über lange Zeit. Wieso sollen auch die heutigen Steuerzahler das Anrecht auf den Niessnutz aus dem Verkauf einer Liegenschaft haben, der Erwerb dieses Vermögens liegt ja in der Vergangenheit. Und schliesslich ist die Abgabe im Baurecht fairer gegenüber den nachkommenden Generationen. Ein Grundstücksverkauf ist immer endgültig, schafft für die Zukunft vollendete Tatsachen. Ein Baurechtsvertrag erhält den zukünftigen Generationen Handlungsspielraum. Über die Verwendung der Liegenschaften kann in Abständen von Jahrzehnten immer wieder neu nach den dann aktuellen Gegebenheiten entschieden werden. Und lieber Mario, ich kann dich beruhigen: Ob die SP dann irgendwann einmal dagegen sein wird, allenfalls günstigen Wohnungen wegen auslaufenden Baurechts abzureissen, spielt doch keine Rolle. Die SP hat in diesem Parlament ohnehin keine Mehrheit.

7. Gemeinnütziger Wohnungsbau im Dietlimoos

Diese Motion von Daniel Jud, Wolfgang Liedtke und Marianne Oswald wurde abgelehnt. Daniel Jud hielt im Namen der SP Adliswil das nachfolgende Votum:

Ich danke dem Stadtrat für die ausführlichen Erwägungen zum vorliegenden Geschäft und möchte dazu die folgenden Dinge ergänzen:

Der Stadtrat verweist am Anfang seiner Erwägungen auf die Anzahl Leerwohnungen in der Stadt Adliswil. Dieser liegt aktuell bei 0.65%. Wenn man beim Amt für Statistik des Kantons Zürich die Zahlen studiert, so merkt man, dass die Anzahl Leerwohnungen vor

drei oder vier Jahren noch viel tiefer war. Der Stadtrat geht weiter davon aus, dass sich diese Zahlen entspannen werden, d. h. es solle in Zukunft mehr und deshalb offensichtlich genügend Leerwohnungen geben. Das Amt für Statistik geht vom Jahr 2016 bis zum Jahr 2017 aber von einer Abnahme der Leerwohnungen in Adliswil aus. Ich nehme darum an, dass der Stadtrat von einer Entspannung spricht, weil im Raum Dietlimoos und auch in anderen, kleineren Parzellen rege Bautätigkeit herrscht oder Bauten geplant sind. Die Wohnungen, die da aber entstehen, sind meist nichts für Personen oder Familien mit kleinerem Budget. Investoren möchten möglichst hohe Renditen erzielen und erstellen deshalb teureren Wohnraum, weil dieser pro Quadratmeter mehr Rendite abwirft. Dies ist das gute Recht von Investoren, dagegen habe ich nichts. Ich bin aber der Ansicht, dass eine Stadt auch einmal Bauland für preiswertere Wohnungen zur Verfügung stellen kann.

Wir werden danach von bürgerlicher Seite her sicherlich auch noch hören, dass eben genau dies wünschenswert sei. Teurer Wohnraum zieht Personen an, die mehr verdienen. Wer ein höheres Einkommen hat, bezahlt höhere Steuern. Dies ergibt dann mehr Geld für die Stadtkasse. Also alles wunderbar. Ich sehe das aber nicht so. Ein Dorf oder eine Stadt braucht meines Erachtens eine gute Durchmischung an Einkommensstarken und Einkommenschwächeren Personen. Gegen Schluss der Erwägungen geht der Stadtrat genau auf diese Durchmischung ein. Es wird aufgeführt, dass ein Quartier „bei weitem nicht die Integrationskraft, die ihm generell zugeschrieben wird“ besitzt. Da frage ich mich persönlich schon, warum an gewissen Orten in die Quartierentwicklung investiert wird. So zum Beispiel in den Quartieren Rellsten Zopf und Dietlimoos. Damit Sie mich richtig verstehen. Ich bin für solche Projekte, da ich der festen Überzeugung bin, dass ein Quartier immer noch eine gewichtige Rolle bei der Integration spielen kann. Der Stadtrat sieht das offensichtlich nicht immer so, sondern nur dann, wenn es ihm in den Kram passt.

Beim Leerwohnungsbestand führt der Stadtrat zusätzlich noch aus, dass etliche Wohnungen, so zwischen 20 und 30% gar nie ausgeschrieben werden. Genau belegen kann man das aber nicht. Man erwähnt einfach einige Untersuchungen. Diese Zahlen wirken auf mich zu wenig seriös, weil sie nicht glasklar belegt werden können. Bei dieser Motion geht es aber nicht nur um die Anzahl Leerwohnungen oder um die Integrationskraft von Quartieren. Es geht vor allem auch darum, dass man bezahlbaren Wohnraum schafft. Bezahlbarer Wohnraum wird in der Regel nicht durch renditeorientierte Investoren geschaffen, sondern durch Träger, die nicht rein gewinnorientiert sind. Also durch Institutionen, welche im gemeinnützigen Wohnungsbau anzusiedeln sind. Hierbei werden wir anschliessend sicherlich hören, dass Genossenschaften heutzutage auch nicht mehr nur bezahlbaren Wohnraum anbieten. Dies mag bei gewissen Genossenschaften und bei einigen Liegenschaften so sein. Aber bei weitem nicht bei allen. Lassen Sie sich also nicht durch solche Aussagen blenden. Dann werden wir sicherlich auch wieder belehrt, dass Genossenschaften nicht mehr nur Einkommenschwächere Personen und Familien Wohnungen überlassen, sondern dass auch diese nur noch gut situierte Einkommensstärkere Personen und Familien anvisieren. Auch das gibt es. Dies will ich gar nicht leugnen. Es ist aber bei Weitem nicht so, dass es nur so ist. Die meisten Genossenschaften achten auch heute noch auf eine gute Durchmischung.

Der Stadtrat wird auch nicht müde zu betonen, dass er bereits Grundstücke an Genossenschaften in irgendeiner Form veräussert hat. Ja, das hat er und zwar vor mehr als 60 Jahren. Die Hälfte, der im Rat sitzenden Vertreter war damals noch gar nicht auf der Welt. In jüngerer Zeit wurden nur noch Altersbauten unterstützt. Auch dies ist nötig. Dies will ich nicht in Abrede stellen. Ich glaube aber, dass nach mehr als 60 Jahren die Zeit reif ist, dass man wieder einmal in bezahlbaren Wohnraum für Familien investiert.

Wolfgang Liedtke hielt im Namen der SP Adliswil das nachfolgende Votum:

Als Initiant des Geschichtsvereins bin ich selbstverständlich hoch erfreut über das historische Bewusstsein, welches der Stadtrat mit seiner Argumentation beweist. Aber einmal ganz ehrlich: Wollen Sie unsere Motion betreffend gemeinnützigen Wohnungsbau ernsthaft mit Verträgen aus dem Jahr 1965 beantworten? Uns geht es bei der Motion darum, ein Gleichgewicht zu bewahren, ein Gleichgewicht nämlich zwischen hochwertigen Wohnungen im oberen Preissegment für Familien mit zwei guten Einkommen und günstigen Wohnungen im unteren bis mittleren Preissegment. Nachdem nun viele Jahre hintereinander Wohnungen im oberen Preissegment entstanden und auf dem Stadthausareal und im Neugut auch noch vorgesehen sind, wäre es an der Zeit, auch wieder einmal an die Wohnungssuchenden zu denken, die sich diese Wohnungen nicht leisten können.

Wenn die Anspannung auf dem Wohnungsmarkt auch nachlässt, werden aus hochpreisigen Wohnungen im Dietlimoos noch lange nicht günstige Wohnungen. Angemessener und bezahlbarer Wohnraum ist, insbesondere für Familien, ein Grundbedürfnis. Die Befriedigung der Grundbedürfnisse stellt eine wichtige Voraussetzung für den sozialen Frieden dar und der wiederum ist Voraussetzung für politische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität. Unser Land kann nicht nur aus Herrlibergs, Wolleraus und Rüslikons bestehen, solange nicht alle Bürger über das Einkommen verfügen, um sich das Wohnen in solchen Gemeinden leisten zu können.

8. Zustände in der Notunterkunft (NUK) Adliswil

Diese Interpellation von Pascal Engel, EVP, wurde schriftlich beantwortet. Die Antwort des Stadtrates findet sich hier: <http://www.adliswil.ch/dl.php/de/59c949ebc31d9/2017-261->

[SRB Interpellation betr. Zustände in der Notunterkunft Adliswil von Pascal Engel E VP Beantwortung.pdf](#)

Carmen Marty Fässler hielt für die SP-Fraktion das folgende Votum:

Heute ist die Interpellation von Pascal Engel zur Notunterkunft (NUK) Adliswil traktandiert. In der Notunterkunft befinden sich Asylsuchende mit Abweisungsentscheid, vor allem sind viele Frauen und Kinder wohnhaft in der NUK in Adliswil. Die Unterkunft ist Sache des Kantons, die Vorgaben sind kantonale geregelt. Trotzdem gibt es Punkte, welche die Stadt Adliswil betreffen: einerseits ist die Stadt Adliswil verantwortlich für die Beschulung der Kinder, andererseits gehören die Bewilligung sowie die Abnahme der Gebäude in die Kompetenz der Stadt Adliswil. Da die aktuell befristete Baubewilligung noch bis am 31.3.2021 läuft, ist wichtig, dass die Zeit bis dahin möglichst so gestaltet wird, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der NUK unter angenehmen Bedingungen in

Adliswil wohnen können. Ein wichtiger Punkt ist beispielsweise, dass das Spielzimmer in der NUK geöffnet werden soll. Und allenfalls wäre auch ein angemessener Ausbau der Küche zu bedenken.

Natürlich ist der Kanton Zürich verantwortlich für die Verträge mit der ORS Service AG. Trotzdem teilt die SP die Meinung des Stadtrates, dass die Auslagerung hoheitlicher Aufgaben an private Firmen sorgfältig zu prüfen ist. Es ist wichtig, dass der Stadtrat genau hinschaut und sich allenfalls dann auch mit dem Kanton in Verbindung setzt. Die Kritik bezüglich der Firma ORS Service AG ist ernst zu nehmen. Die SP wird sich weiterhin sowohl im KR sowie im GGR dafür einsetzen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der NUK unter menschenwürdigen Bedingungen wohnen dürfen – und findet es deshalb unerlässlich, dass auch die Stadt Adliswil ihre Verantwortung – wo möglich – übernimmt. Für uns ist klar, dass jeder Mensch – unabhängig seines Aufenthaltsstatus – Anspruch auf eine würdige Behandlung und eine entsprechende Unterkunft hat. Danke für die Aufmerksamkeit!

9. Reduktion von Strassenlärm in Adliswil

Diese Interpellation von Wolfgang Liedtke, SP, wurde schriftlich beantwortet. Die Antwort des Stadtrates findet sich hier:

<http://www.adliswil.ch/dl.php/de/59db5c849fad0/2017-276->

[SRB Interpellation von Wolfgang Liedtke SP betr. Reduktion von Strassenlärm in Adliswil Beantwortung .pdf](#)

Wolfgang Liedtke hielt hierzu das folgende Votum:

Ich bedanke mich für die Beantwortung meiner Interpellation, auch wenn ich finde, dass sie in keiner Weise zufrieden stellen kann. Ich will die Gründe für meine Unzufriedenheit kurz aufzeigen. Die Antwort des Stadtrates auf die Fragen in meiner Interpellation lauten zusammengefasst und zugespitzt folgendermassen:

An den Kantonsstrassen hat der Kanton seine Lärmschutzprojekte abgeschlossen. Die Gemeinde erwartet keine Lärmschutzklagen. Geschwindigkeitsbeschränkungen sind nicht geplant, über nächtliche Geschwindigkeitsbeschränkungen denkt der Stadtrat überhaupt nicht nach. Die Lärmbelastung oberhalb der Sihltalstrasse ist nicht bekannt und interessiert den Stadtrat auch nicht weiter. Für den Stadtrat reicht die Sihltalstrasse ohnehin nur vom nördlichen Ortseingang bis zur Poststrasse.

Dies ist, wenn auch verkürzt und teilweise mit anderer Wortwahl, Ihre Stellungnahme, sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates. Mit einem Wort: sparsam, um nicht zu sagen minimalistisch, und dem Thema in keiner Weise angemessen.

Denn Strassenlärm wird als spürbare Verminderung der Lebensqualität wahrgenommen. Dies schrieb die NZZ in einem Artikel in der Ausgabe vom 28. April 2017. Die NZZ steht sicherlich nicht im Verdacht, ökologische Anliegen unkritisch zu übernehmen. Gerade in den Nachtstunden wird der Strassenlärm als besonders belastend empfunden – auch in Adliswil, meine Damen und Herren vom Stadtrat. Wenn Ihnen das nicht bekannt ist, dann sollten Sie mit der Bevölkerung reden. Verkehrsberuhigende Massnahmen in der Nacht würden den Strassenverkehr kaum und den Öffentlichen Verkehr gar nicht behindern. Warum also nicht darüber nachdenken?

Ich zitiere an dieser Stelle den Bundesrat, welcher die Ansicht äusserte, «dass die derzeit ... durchgeführten Massnahmen zur Bekämpfung des Strassenlärms gesamthaft betrachtet

nicht wirksam genug sind.» (NZZ, 28.04.2017, S.13)

Was Adliswil betrifft, kann ich mich dieser Ansicht des Bundesrates anschliessen und noch hinzufügen, dass der Stadtrat offensichtlich das Thema Strassenlärm aussitzen will, solange die Bevölkerung ihn nicht dazu zwingt, sich damit zu befassen.

10. Lärm durch Nationalstrassen

Diese Interpellation von Thomas Fässler, CVP, wurde schriftlich beantwortet. Die Antwort des Stadtrates findet sich hier:

<http://www.adliswil.ch/dl.php/de/59db5c28d42ce/2017-275->

[SRB Interpellation Thomas Fassler CVP betr. Lärm durch Nationalstrasse Beantwortung.pdf](#)

Für die Fraktion und den Vorstand

Wolfgang Liedtke